

Beschlussvorlage

 zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**
Betreff
**Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus
 Konzept zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von
 Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa**
Beschlussorgan

Rat

Beratungsfolge	Abstimmungsergebnis							
	Gremium	Datum/ Top	zugestimmt Änderungen s. Anlage Nr.	abge- lehnt	zu- rück- ge- stellt	verwiesen in	ein- stim- mig	mehr- heitlich gegen
Integrationsrat	20.01.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Sportausschuss	20.01.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Ausschuss Soziales und Senioren	22.01.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Stadtentwicklungsausschuss	22.01.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Ausschuss Schule und Weiterbildung	26.01.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Wirtschaftsausschuss	26.01.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten	27.01.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün	29.01.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen	02.02.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Ausschuss Bauen und Wohnen	02.02.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Jugendhilfeausschuss	03.02.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Finanzausschuss	09.02.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Rat	10.02.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	

Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag, Alternative

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung im Rahmen der vorhandenen Haushaltsressourcen mit der Umsetzung des als Anlage 1 beigefügten Konzeptes zur Umsetzung des „Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa“ in Köln.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Konzept dem Lenkungsausschuss des „Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus e.V.“ vorzulegen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, dem Rat alle zwei Jahre über die Umsetzung von Aktivitäten zur Bekämpfung von Rassismus in Köln im Sinne des Zehn-Punkte-Aktionsplanes zu berichten und den Bericht dem Lenkungsausschuss der Städte-Koalition vorzulegen.
4. Der Rat beschließt die Mitgliedschaft der Stadt Köln im Verein „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus e.V.“ und beauftragt die Verwaltung, den Beitritt der Stadt Köln zum vorgenannten Verein in die Wege zu leiten. Der jährliche Mitgliedsbeitrag von 1.500 € wird aus veranschlagten Zuschussmitteln für Antirassismus-Training des Teilergebnisplans 0501, Soziale Hilfen, sichergestellt.
5. Der Rat bekundet seinen Willen, dass ein Einsatz von städtischen Beschäftigten in Projekten zur Prävention und Beseitigung von Rassismus und Diskriminierung gewünscht und entsprechend von den Fachdienststellen ermöglicht wird.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> ja, Kosten der Maßnahme 1.500,00 €	Zuschussfähige Maßnahme ggf. Höhe des Zuschusses _____ %	<input type="checkbox"/> nein	<input checked="" type="checkbox"/> ja	Jährliche Folgekosten a) Personalkosten _____ €	b) Sachkosten _____ €	1.500,00 €
Jährliche Folgeeinnahmen (Art, Euro)				Einsparungen (Euro)			

Problemstellung des Beschlussvorschlages, Begründung, ggf. Auswirkungen

Der Rat hat am 15.12.2005 beschlossen, dass sich die Stadt Köln an der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus beteiligt und die Verwaltung beauftragt, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie der Zehn-Punkte-Aktionsplan der Städte-Koalition gegen Rassismus zusammen mit den bereits beschlossenen Integrationsmaßnahmen umgesetzt werden kann.

In einem zweistufigen Beitrittsverfahren hat der Oberbürgermeister der Stadt Köln im Juli 2006 eine sogenannte Absichtserklärung an die Städte-Koalition abgegeben.

Das von der Verwaltung erstellte Konzept (Anlage 1), das als Voraussetzung für den Beitritt der Stadt Köln zur Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus gemäß dem zweistufigen Verfahren erstellt wird, bezieht sich zunächst auf Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung, die bereits durchgeführt werden oder kurz vor der Umsetzung stehen und auf den aus heutiger Sicht erkennbaren Handlungsbedarf.

Das Konzept fasst Aktivitäten zusammen, welche der Erreichung der jeweiligen, durch den Zehn-Punkte-Aktionsplan definierten Ziele sowie - ergänzend - des nicht im Zehn-Punkte-Aktionsplan genannten Ziels „Chancengleichheit im Zugang zur Gesundheitsversorgung“ dienen. Die Ergänzung resultiert aus der Diskussion und Einigung der Teilnehmenden der Jahreskonferenz der Städte-Koalition in 2007 darüber, dass Förderung der Chancengleichheit/Abbau von Benachteiligung im Zugang zu Dienstleistungen des Gesundheitswesens als kommunales Handlungsfeld über die zehn definierten Punkte hinaus bei der Entwicklung von Konzepten zur Umsetzung des Aktionsplanes aufgegriffen werden sollte.

Um den Stand der Umsetzung des Konzeptes zu bewerten und um weitere operative und strategische Ziele zu entwickeln, wird das Konzept in regelmäßigen Zeitabständen fortgeschrieben. Dies geschieht alle zwei Jahre in Verbindung mit der nach Kölns Beitritt zur Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus obligatorischen Berichterstattung an den Lenkungsausschuss der Städte-Koalition.

Ein zentrales Anliegen der Städte-Koalition und eine wesentliche Voraussetzung für die nachhaltige Umsetzung des Konzeptes ist eine breite Beteiligung verschiedener Akteure auf kommunaler Ebene. Daher sind die nichtstädtischen Kooperationspartner der Kommune im Konzept berücksichtigt worden. Eine stärkere Beteiligung der Stadtgesellschaft, vor allem der Kölnerinnen und Kölner mit Migrationshintergrund, an der Umsetzung und Fortschreibung des Konzeptes ist vorgesehen. Zu diesem Zwecke wird die Verwaltung eine geeignete Arbeitsstruktur entwickeln.

Die Notwendigkeit einer Mitgliedschaft im Verein „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus“ ergibt sich aus der strukturellen Veränderung des Städte-Netzwerkes. Auf Initiative des Lenkungsausschusses der Städte-Koalition hin und auf der Grundlage des Beschlusses

der Jahreskonferenz der Städte-Koalition in 2007 ist die Umwandlung des Städte-Netzwerkes in einen eingetragenen Verein mit Sitz in Nürnberg erfolgt. Die Satzung des Vereins (Anlage 2) ist von der Gründerversammlung am 10.11.2007 beschlossen und mit einem Schreiben des Vorstands vom April 2008 an die Mitgliedsstädte der Städte-Koalition bekannt gegeben worden.

Ziel der Umwandlung war, der Koalition eine transparente und effektive Organisationsstruktur zu geben, in der verschiedene Organe klar definierte Aufgaben bekommen, die durch eine von den Mitgliedern gewählte Repräsentation – den Vorstand - verantwortlich nach außen vertreten wird und die die erforderliche politische und finanzielle Unterstützung durch europäische Organisationen und Institutionen, insbesondere durch die Europäische Union und den Europarat, erhält. Dadurch sollen die Vernetzung der Städte erlebbar und lebendig gestaltet und die Vorteile dieser Vernetzung nutzbar für die Umsetzung des „Zehn-Punkte-Aktionsplanes“ gemacht werden.

Mit dem vorgenannten Schreiben appelliert der Vorstand des Vereins an Städte, welche sich für die Umsetzung des „Zehn-Punkte-Aktionsplans gegen Rassismus“ auf kommunaler Ebene engagieren, dem Verein beizutreten. Die Mitgliederstärke des Vereins soll die Bedeutung der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung auf kommunaler Ebene unterstreichen und zum Erfolg der Bemühungen der Städte-Koalition beitragen. Da die Stadt Köln ihren Beitritt zum Städte-Netzwerk angekündigt hatte und die Verwaltung mit ihm projektbezogen bereits kooperiert, hat sich der Vorstand mit seiner Bitte um Beitritt zum Verein auch gezielt an die Verwaltung gewandt.

Bedingung für die Mitgliedschaft einer Stadt ist ein schriftlicher Antrag der Kommune auf Aufnahme in die Städte-Koalition, über dessen Annahme der Lenkungsausschuss entscheidet. Die Mitgliedschaft ist mit einem jährlich zu entrichtenden und nach Einwohnerzahl gestaffelten Mitgliedsbeitrag verbunden. Mit dem Beitritt zum Verein verpflichtet sich jedes Mitglied, alle zwei Jahre über die Maßnahmen zur Implementierung des „Zehn-Punkte-Aktionsplans gegen Rassismus“ zu berichten. Die zu den Berichten abgegebenen Bewertungen des Wissenschaftlichen Sekretariats und Stellungnahmen des Lenkungsausschusses fließen in Diskussionsprozesse der Mitgliederversammlung der Städte-Koalition ein.

Anlage 1:

Zehn-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa
Konzept zur Umsetzung einzelner Punkte des Aktionsplanes in Köln

Anlage 2:

Satzung des Vereins „Europäische Städtekoalition gegen Rassismus e.V.“

Weitere Erläuterungen, Pläne, Übersichten siehe Anlage(n) Nr.